

Außenpolitik vor den Wahlen

von Klaus Voll und Christian Wagner

Die kommenden Parlamentswahlen in Indien werden nicht nur über die zukünftigen innenpolitischen Weichenstellungen entscheiden, sondern auch Einfluß auf die außenpolitische Ausrichtung des Landes ausüben.

Seit dem Amtsantritt der 'Congress'-Regierung unter Premierminister Rao 1991 wurde die innenpolitische Liberalisierung von einer außenpolitischen Neuorientierung begleitet. Dies zeigte sich am deutlichsten mit der Annäherung an China und die USA, den beiden einstigen Rivalen im internationalen Kontext. Demgegenüber hat Rußland, als wichtigster Nachfolgestaat der Sowjetunion, aufgrund seiner innenpolitischen Probleme deutlich an Einfluß in Indien verloren. Aber auch der asiatisch-pazifische Raum, die neuen Republiken in Zentralasien sowie aufstrebende Regionalmächte wie der Iran gewinnen zunehmend an Gewicht in den außenpolitischen Überlegungen Indiens. Der internationalen Aufwertung Indiens, das einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anstrebt, stehen jedoch auch eine Reihe von hemmenden Faktoren gegenüber. Am schwerwiegendsten ist hierbei sicherlich die Weigerung Indiens, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten. Das indische Rüstungs- und Nuklearprogramm hat ebenso Sanktionen für Indien zur Folge gehabt, wie die Menschenrechtsverletzungen durch indische Streitkräfte in Kashmir.

Im regionalen Bereich steht Indien einer weiterhin unveränderten Konstellation gegenüber. Der Dauerkonflikt mit Pakistan wirkt sich negativ auf den Ausbau der regionalen Kooperationsbemühungen im Rahmen der südasiatischen Staatengemeinschaft (SAARC) aus. Während es gegenüber Sri Lanka seit dem Abzug der 'Indian Peace Keeping Force' (IPKF) 1990 und dem Amtsantritt Raos eine ausgesprochene Politik der Nichteinmischung gibt, haben in den letzten Jahren die bilateralen Spannungen mit Bangladesch und Nepal weiter fortbestanden, wobei nach dem jüngsten Besuch Indiens durch den nepalischen Premier Deuba das bilaterale Verhältnis der Nachbarn durchaus als entspannt bezeichnet werden kann (siehe dazu auch den Beitrag im Nepal-Teil dieser Ausgabe).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der Haltung der Parteien zu

außenpolitischen Fragen angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes. Hat der lange Zeit vorherrschende Konsens in der Außenpolitik weiter Bestand oder zeichnen sich auch hier Konfliktlinien ab, die bei innenpolitischen Themen bislang deutlich schärfer ausgeprägt sind?

Das indisch-chinesische Verhältnis

Die Beziehungen zu China haben bei allen Parteien höchste Priorität. Seit dem Besuch Rajiv Gandhis in Peking Ende der 80er Jahre wurden eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen eingeleitet, die im September 1993 schließlich zum Abkommen über "Peace and Tranquility along the border" führten. Zur Entspannung der Situation wurden Truppen auf beiden Seiten der Grenze zurückgezogen, und eine gemeinsame Arbeitsgruppe, die durch eine indisch-chinesische Expertengruppe unterstützt wird, bemüht sich um eine Festlegung des Grenzverlaufs. Aber auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten werden allmählich ausgebaut. So stieg das Gesamthandelsvolumen von 667 Millionen US-Dollar in 1993 auf 895 Millionen US-Dollar 1994. Darüber hinaus gibt es ein Interesse an einer engeren Zusammenarbeit unter anderem in den Bereichen Landwirtschaft, Energie, Luftfahrt.

Beide Staaten verfolgen auch gemeinsame Interessen, zum Beispiel in Fragen der Sozialklausel von GATT/WTO und in Menschenrechtsfragen. Indien bemüht sich zudem, unter anderem über China, um die Aufnahme in die 'Asia Pacific Economic Cooperation' (APEC).

Trotz dieser Annäherung gibt es aber weiterhin bilaterale Spannungen. Hierzu zählt vor allem die Besetzung des Aksai Chin durch China, die Nichtanerkennung Sikkims als Teil Indiens durch China sowie der weiterhin umstrittene Status des Bundesstaates Arunachal Pradesh im Nordosten. Vor allem aber das militärische Engagement Chinas in Südostasien (Spratly-Inseln) und der Ausbau der Beziehungen zwischen China und Myanmar werden in Indien aufmerksam

verfolgt.

Auch wenn alle Parteien die Annäherung zwischen beiden Staaten grundsätzlich begrüßen, so kommt doch eine deutliche Vorsicht zum Ausdruck. Vor allem die Niederlage Indiens im Grenzkrieg von 1962 bildet offenbar ein bleibendes Trauma. Das chinesische Nuklearpotential in Tibet ist zudem die wichtigste militärische Bedrohung Indiens und bildete die Grundlage für das indische Nuklearprogramm.

Alle Parteien wenden sich gegen die hegemonialen Bestrebungen Chinas in Südasien. Die Intensivierung der Beziehungen zwischen China und Myanmar und die Aufrüstung des dortigen Regimes wird vor allem von Seiten der BJP als eine unmittelbare Bedrohung Indiens angesehen. Nach Jaswant Singh, dem stellvertretenden BJP-Fraktionsvorsitzenden im indischen Unterhaus, ist diese Situation durchaus vergleichbar mit dem Einmarsch Chinas in Tibet 1959. Die militärische Zusammenarbeit zwischen China und Pakistan sowie die Unterstützung von Aufstandsbewegungen im Nordosten Indiens schüren zudem immer wieder die Spannungen in der Region.

Die Entspannung zwischen beiden Ländern wird zwar durchaus begrüßt, aber das grundsätzliche Mißtrauen gegenüber dem Nachbarn im Norden bleibt grundsätzlich bestehen und geht zum Teil soweit, diese Annäherung als nur vorübergehend zu betrachten. Diese Vorsicht begründet sich auch aus der Unsicherheit über die künftige innenpolitische Entwicklung Chinas und den Zweifeln daran, ob das Experiment zwischen wirtschaftlicher Liberalisierung und politisch autoritärem Regime auf Dauer gutgehen kann.

Die Beziehungen zwischen Indien und dem Westen

Das Verhältnis zwischen Indien und den westlichen Staaten wird vor allem von wirtschaftlichen Faktoren bestimmt, so daß es hier zu einer Überschneidung von innen- und außenpolitischen Faktoren kommt. Der Fortgang der wirtschaftlichen Liberalisierung wird von

allen Parteien der Opposition begrüßt. Es zeigt sich aber eine Übereinstimmung bei der Frage, daß ausländische Investitionen nur in bestimmten Bereichen, zum Beispiel Infrastruktur, gefördert werden sollen, nicht aber im Konsumgüterbereich, der indischen Unternehmen vorbehalten bleiben soll. Auch hier bildet die BJP mit ihrem Slogan "swadeshi" den stärksten Kontrapunkt zur Regierung, doch wird von den übrigen Parteien darauf verwiesen, daß eine solche, auch an den Prinzipien von Mahatma Gandhi orientierte Wirtschaftspolitik, nicht durchführbar sei und entsprechende Slogans vor allem wahlkampf-taktischen Überlegungen dienen.

Wenngleich alle Parteien für einen Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zum Westen eintreten, so hat doch hier wiederum die BJP eigene Vorstellungen. Sie ist nicht mit der gegenwärtigen Politik der 'Congress'-Regierung einverstanden und befürchtet einen Ausverkauf nationaler Interessen. Auch die militärische Kooperation mit den USA wird kritisch gesehen, dient sie doch eher den USA als In-

dien, wie BJP nahestehende Politiker glauben.

Eine weitgehende, über alle Parteigrenzen hinweg vorhandene, Einigkeit zeigt sich in der Frage der nuklearen Proliferation und dem Druck des Westens, Indien zur Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages zu bewegen. Dieses Vertragswerk wird von allen Parteien als diskriminierend betrachtet, teilt es doch die Welt ein in nukleare 'have' und 'have nots'. Dies widerstrebt nicht nur den eigenen Großmachtambitionen sondern berücksichtigt auch nicht die indischen Sicherheitsinteressen gegenüber der nuklearen Bedrohung durch China. Alle Versuche, regionale Abrüstungsvereinbarungen zu erreichen, wie zum Beispiel Südasien zu einer atomwaffenfreien Zone zu erklären, sind deshalb für Indien nicht verhandelbar, solange China nicht mit einbezogen wird und die Amerikaner einen Flottenstützpunkt im indischen Ozean unterhalten.

Den neuen, mit dem Zerfall der Sowjetunion entstandenen, zentralasiatischen Republiken widmet Indien eine verstärkte Aufmerksamkeit. Vor allem

die anfänglichen Versuche Pakistans, mit diesen neuen Staaten einen 'islamischen' Block zu bilden, um Druck auf Indien und seine Haltung in Kashmir ausüben zu können, wurden von indischer Seite aus mißtrauisch verfolgt. Die Entwicklungen der vergangenen Jahre haben jedoch gezeigt, daß die zentralasiatischen Republiken nicht daran interessiert sind, sich für die pakistanische Außenpolitik instrumentalieren zu lassen. Seitens der indischen Parteien besteht breite Übereinstimmung, die Beziehungen nach Zentralasien auszubauen, um einerseits einem pakistanischen Einfluß und andererseits möglichen chinesischen Ambitionen in dieser Region zu begegnen. Auch die jüngst erfolgte taktische Annäherung Indiens an den Iran und die Überlassung von Transitmöglichkeiten durch iranisches Gebiet nach

Zentralasien unterstreichen das indische Interesse an der Region und das Bemühen, den pakistanischen Einfluß einzudämmen.

Indien und Südasien

Im regionalen Bereich ist der Dauerkonflikt mit Pakistan und dessen Einmischung in Kashmir das mit Abstand wichtigste innen- und außenpolitische Thema. Auch hier herrscht eine weitgehende Einmütigkeit darüber, daß die Probleme in Kashmir zwar beigelegt werden müssen, allerdings ohne Veränderungen des territorialen Status Quo. Vor allem die BJP nutzt die Vertreibung und Greuelthaten an den in Kashmir lebenden Hindus zur Mobilisierung ihrer Anhänger. Gegenüber den anderen Nachbarstaaten setzen alle Parteien auf den Ausbau der regionalen Kooperationsbemühungen im Rahmen der SAARC. Bezüglich der indischen Sicherheitsinteressen im Verhältnis zu den Nachbarn gibt es jedoch durchaus Unterschiede. Parteien wie die BJP befürworten weiterhin eine Politik der Stärke und sehen Indien als Großmacht mit natürlichen Sicherheitsinteressen in der Region. Politiker von Linksparteien wie der 'Janata Dal' und die der kommunistischen CPI (M) betonen demgegenüber durchaus, daß man auch die Sicherheitsinteressen der Nachbarn berücksichtigen müsse. Allerdings bleibt offen, ob und inwieweit solche Unterschiede im Ernstfall, das heißt bei einer Beeinträchtigung indischer Sicherheitsinteressen, auch tatsächlich Berücksichtigung finden würden.

Ausblick

Je nach Blickwinkel präsentiert sich die Zukunft Indiens in unterschiedlicher Perspektive. Die regionale Supermacht in Südasien verfügt über das Potential, ein wichtiger Akteur im internationalen System des nächsten Jahrhunderts zu werden. Der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger erwartet, daß Indien im internationalen System des 21. Jahrhunderts die Rolle einer Großmacht einnehmen wird. Die schiere Größe, das vorhandene Wirtschafts- und Militärpotential sowie der noch erheblich ausbaubare innere Markt sind in Zukunft gute Voraussetzungen für eine herausragende Rolle Indiens. Dazu müssen jedoch politisch stabile Regierungen gestalterisch außenpolitische Kontinuität gewährleisten und die wenigen außenpolitischen Fachleute in den verschiedenen Parteien ungeachtet ihrer ideologischen Positionen den bestehenden Minimalkonsens bewahren.

„Wirtschaftskontakte sind Wirtschaftskontakte, und Menschenrechte sind Menschenrechte. Man sollte beides nicht miteinander vermischen.“

meint Chinas Staatspräsident Jiang Zemin zur Kooperation mit der deutschen Wirtschaft. Die meisten Politiker stimmen ihm zu.

Wenn Sie auch dieser Meinung sind, wird Sie die Arbeit der TIBET INITIATIVE DEUTSCHLAND e.V. nicht interessieren.

Wenn Sie die engen Wirtschaftskontakte zu China jedoch als Verantwortung für die grundlegenden Menschenrechte im besetzten Tibet betrachten, dann erkundigen Sie sich bei uns nach den Möglichkeiten, Tibet zu helfen.

Wir setzen uns für die Freiheit Tibets ein und dabei sind wir auf Ihre Mithilfe angewiesen.

Spendenkonto: Nr. 600 660

Sparda Bank Köln · BLZ 370 605 90

Weitere Informationen erhalten Sie bei:



TIBET INITIATIVE DEUTSCHLAND
Bullmannau 11 · 45327 Essen
(Bitte 5,- DM in Briefmarken beilegen)